

**Antrag**

des Landes Rheinland-Pfalz

zur

Entschließung des Bundesrates über Maßnahmen zur Verringerung  
der Abfallmengen im Verpackungsbereich

- Antrag des Landes Baden-Württemberg -

Punkt 17 der 610. Sitzung des Bundesrates am 16. März 1990

Der Bundesrat möge anstelle von Ziffer 4 der Ausschueempfehlungen (Drs. 734/1/89) die Entschließung mit folgendem Wortlaut fassen:

"- grundsätzliche Einführung einer Pfandpflicht und einer Rücknahmeverpflichtung der Abfüller und des Handels für Getränkeverpackungen;".

Begründung:

Aus abfallwirtschaftlicher Sicht besteht kein ausreichender Grund, die Einführung einer generellen Pfandpflicht und einer Rücknahmeverpflichtung der Abfüller und des Handels für Getränkedosen zeitlich vorzuziehen. Die Abfallreduzierung bei Getränkeverpackungen muß im Rahmen einer Gesamtlösung erfolgen. Anderenfalls käme es zu einer erheblichen Verzerrung des Wettbewerbs unter den verschiedenen Verpackungsarten, ohne daß letztlich eine Reduzierung des Abfallvolumens aus Verpackungen bewirkt würde. Es darf nicht dazu kommen, daß die Verwender auf andere, möglicherweise umweltbelastendere Verpackungen ausweichen.

**Ausgeliefert am**  
**15. MRZ. 1990**